Bibliothekspolitik

Klaus Ceynowa*

„Bibliothekspolitik“ – Präention, Praxis und Perspektiven

DOI 10.1515/bfp-2016-0053

Zusammenfassung: Bibliothekspolitik sollte heute aktueller denn je sein. Von der digitalen Langzeitarchivierung und der Bestandserhaltung des gedruckten Kulturerbes als Koordinationsaufgaben, über die Zukunftsfrage der neu etablierten Fachinformationsdienste, die Idee eines kollektiven Bestandsmanagements bis hin zur vorzeitigen Beendigung des Projekts einer cloudbasierten, internationalen Dateninfrastruktur: Es gibt kaum ein Thema, dass nicht nach überregional abgestimmtem, strategischem Handeln rufen würde. Die Realität indes sieht anders aus: Koordinationsbedarfe werden primär als Entlastungschancen und Zuständigkeitsprobleme aufgefasst, strategische Verantwortlichkeiten werden externalisiert oder in gremialen Diskursen kleingemahlen. Der vorliegende Beitrag diskutiert Ursachen und Konsequenzen dieses Missstandes aus der subjektiven Perspektive eines unmittelbar Beteiligten und damit in durchaus polemischer Absicht.

Schlüsselwörter: Bibliothekspolitik; Bibliotheksstrategie; Fachinformationsdienste; Bestandserhaltung; Langzeitarchivierung; Bestandsmanagement; Zukunft der Bibliothek; nationale Informationsinfrastruktur

“Library Politics” – Pretension, Practice, and Perspectives

Abstract: Today, library politics should be more relevant than ever. Digital long-term preservation and the preservation of the printed cultural heritage as cooperation tasks, questions about the future of the newly established Specialised Information Services, the idea of collective collection management, the early termination of the project on a cloud-based, international data infrastructure; there is hardly an issue that does not call for strategic, transregionally coordinated action. Meanwhile, the reality is a different one: Primarily, the need for cooperation is viewed as a chance to ease the burdens, or it is viewed as problems of competence. Moreover, strategic responsibilities are externalised or are grinded up in committee dis-

course. This article discusses reasons and consequences of this sorry state of affairs from the subjective point of view of one who is directly involved. Hence, it definitely does this with polemic intentions.

Keywords: Library politics; library strategy; specialised information services; collection preservation; digital long-term preservation; collection management; future of the library; national information infrastructure

Inhalt

- 1 Einleitung – Bibliothekspolitik? 411
- 2 Fachinformationsdienste – Infrastrukturförderung oder Infrastrukturfinanzierung? 412
- 3 Digitale Langzeitarchivierung – nationale oder institutionelle Verantwortung? 414
- 4 Bestandserhaltung – Ansammlungen oder Sammlungen? 416
- 5 Kollektives Bestandsmanagement – von der Handlungsmacht einer Fiktion 418
- 6 Das CIB-Projekt – vom Fetisch der Fakten 420
- 7 Fazit – Von der Irreduzibilität der Entscheidung . . 422

1 Einleitung – Bibliothekspolitik?

„Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“

Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen

Den folgenden Überlegungen liegt ein sehr pragmatisches Verständnis von Bibliothekspolitik zugrunde. Gemeint sind alle Formen eines einrichtungsübergreifenden, also regional, überregional oder national abgestimmten und strategisch gerichteten Handelns hinsichtlich solcher Aufgaben und Probleme, die derart koordinierte und orientierte Aktivitäten zu ihrer Bearbeitung zwingend verlangen. Die „Akteure“ bibliothekspolitischer Aktivitäten können dabei sehr unterschiedlich sein: Berufsverbände, Biblio-

*Kontaktperson: Dr. Klaus Ceynowa, ceynowa@bsb-muenchen.de

thecksverbünde, Konsortien, Projektpartnerschaften, Bibliothekskooperationen oder auch individuelle Institutionen mit nationalem Auftrag.

Da Bibliothekspolitik natürlich immer schon „irgendwie“ stattfindet, kann man zu Recht fragen: warum wird die Art und Weise, wie Bibliothekare Bibliothekspolitik betreiben, gerade jetzt als ein der Diskussion und Problematik bedürftiger Gegenstand gesehen? Ganz einfach: Angesichts des disruptiven Charakters der digitalen Transformation gibt es kaum ein bibliothekarisches Handlungsfeld, das sich nicht neu justieren muss – und zwar in der Regel koordiniert und konzertiert im Zusammenwirken aller jeweils betroffenen Einrichtungen, da nur so ein langfristig wirkmächtiges Agieren gewährleistet erscheint. Exemplarisch besonders bedeutende Spielfelder dieser Neujustierung sind:¹

- *Fachinformationsdienste (FIDs)*: Kann das neu etablierte System in eine nachhaltig tragfähige Infrastruktur überführt werden? Wie kann hierbei die „Lastenverteilung“ zwischen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und den FID-verantwortlichen Bibliotheken gestaltet werden?
- *Digitale Langzeitarchivierung*: Kann diese vielleicht grundlegendste Aufgabe zukünftiger Informationsinfrastrukturen, für die derzeit kein Förderformat bereitsteht, in Gestalt eines national abgestimmten Leistungsprofils operationalisiert werden?
- *Bestandserhaltung schriftlichen Kulturgutes*: Kann und soll diese Aufgabe der „Rettung“ des schriftlichen Kulturgutes dauerhaft und parallel zu den gewaltigen Herausforderungen der Digitalisierung etabliert werden?
- *Kollektives Bestandsmanagement*: Welcher bibliothekspolitische Sprengstoff steckt in neuerdings artikulierten Ideen eines deutschlandweit abgestimmten, alle wissenschaftlichen Bibliotheken umfassenden Bestandsmanagements, insbesondere mit Blick auf eine „Eindämmung“ des Bestandswachstums?
- *Etablierung cloudbasierter Arbeitsumgebungen für Bibliotheksdaten*: Worin liegt das „Scheitern“ des von

der DFG geförderten CIB-Projektes begründet?² Was bedeutet dies für die Umsetzbarkeit der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur „Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland“?

Im Folgenden soll nun keineswegs versucht werden, diese Fragen zu beantworten. Vielmehr wird lediglich diskutiert, inwieweit diese Fragen als *bibliothekspolitische* Fragen wahrgenommen werden beziehungsweise aufgrund limitierender Rahmenbedingungen überhaupt als solche wahrgenommen werden *können* – was wiederum die Voraussetzung dafür ist, dass sie in einer Weise bearbeitbar sind, die den Bibliotheken eine aktive Rolle in der Gestaltung ihrer Zukunft sichert.

Die Überlegungen folgen dabei der vorstehenden Aufzählung, die in ihrer Reihenfolge wiederum aufsteigend dem Grad der gefühlten *Frustration* über den faktischen Umgang mit diesen Themen geschuldet ist. Der Autor ist aufgrund seiner institutionellen Zugehörigkeit in der einen oder anderen Form in die Bearbeitung der ausgewählten Problemfelder involviert und damit auch „verstrickt“. Die folgenden Ausführungen fußen daher im Wesentlichen auf seiner subjektiven Erfahrung und Einschätzung und sind dabei – zumindest in Teilen – bewusst polemisch gehalten. Sie möchten auf diese Weise die weitere Diskussion zwar nicht *provozieren*, aber doch in einer Form *evozieren*, die sich auf Augenhöhe der bibliothekspolitischen Bedeutsamkeit der benannten Problemfelder bewegt.³

2 Fachinformationsdienste – Infrastrukturförderung oder Infrastrukturfinanzierung?

Die kontrovers diskutierte Ablösung des Systems der Sondersammelgebiete durch das neu ausgerichtete Förderprogramm der DFG „Fachinformationsdienste für die Wissenschaft“ (FID) ist zum Jahresende 2015 abgeschlossen worden. Die Umstellung erfolgte in drei Antragsrunden, wobei die Förderquoten der ersten beiden Tranchen für die Zukunft fachwissenschaftlicher Informationsinfrastrukturen, *sofern* und *soweit* sie auf einer nachhaltigen DFG-Drittmittelförderung beruht, nichts Gutes erwarten ließen. Im ersten Jahr der Einführung des neuen Förderformats

¹ Weitere, hier aus Platzgründen ausgesparte Themen wären: die Frage der Nachhaltigkeitssicherung der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) im Kräftespiel ihrer Bund-/Länder-Finanzierung; die Realisierungschancen des Projekts einer bundesweiten Lizenzierung elektronischer Ressourcen (DEAL-Projekt), mit dem das eigentlich doch schon verabschiedete Modell des „Big Deals“ in maximaler Ausprägung zurückkehren könnte; die Problematik der Entwicklung des Open-Access-Gedankens von einer „Ideologie“ der Befreiung zu einem lukrativen, neuen Geschäftsmodell monopolistischer Großverlage, eben die „Golden Road“.

² CIB = cloudbasierte Infrastruktur für Bibliotheksdaten.

³ Wenn im Folgenden einige Zitate ohne bibliographische Angabe wiedergegeben werden, handelt es sich um unveröffentlichte Texte aus Anträgen, Gutachtert看ten und Berichten im Kontext von drittmittelgeförderten Projekten.

(2013) wurden von zwölf eingereichten Anträgen nur fünf bewilligt, im zweiten Jahr (2014) von ebenfalls zwölf gestellten Anträgen wiederum nur fünf.

Im dritten und letzten Jahr der Umstellung (2015) zeigte sich dann ein völlig verändertes Bild: Von 25 Anträgen waren 21 erfolgreich, davon offenbar sehr viele ohne oder nur mit geringen Kürzungen. So wurden beispielsweise zwei der drei von der Bayerischen Staatsbibliothek gestellten Anträge ohne jeden Abstrich bewilligt (Geschichte; Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa), und der dritte mit nur marginalen Einschränkungen (Altertumswissenschaften).⁴ Bemerkenswert ist zudem, dass im Mittel der drei FID-Förderjahre die Bewilligungssumme nur geringfügig niedriger liegt als bei der früheren SSG-Förderung.

Über die Gründe dieses im dritten Umstellungsjahr erfolgten Turn-Arounds braucht man nicht zu spekulieren. Sie zeigen sich deutlich, wenn man auf die Aufteilung der FID-Bewilligungssummen sieht. Von der Gesamtbewilligungssumme der drei FID-Förderjahre werden rund 13 Millionen Euro für Personalmittel aufgewendet, also für Dienste und Services, etwa im Umfeld virtueller Forschungsumgebungen. Für Erwerbungsmittel wurden insgesamt rund 19 Millionen Euro bewilligt, davon 14 Millionen für die Beschaffung gedruckter Literatur. Grob gesprochen, wird also nahezu genau so viel Geld für „Dienste“ wie für Printliteratur bereitgestellt. Betrachtet man die Höhe und die Verteilung der Erwerbungsmittel, so ergibt sich folgendes Bild: Nur vier von 31 bewilligten FIDs weisen einen Anteil beantragter Erwerbungsmittel von *mehr* als 70 % auf, während 21 einen Anteil von *unter* 60 % haben.

Diese Werte zeigen, dass die antragstellenden Bibliotheken offenbar im Zuge des dreijährigen Umstellungsprozesses die neue „Philosophie“ des FID-Programms weitgehend verinnerlicht haben. Peter Strohschneider und Christoph Kümmel haben diese in ihrem Beitrag „Ende der Sammlung?“ so formuliert: „Für das Verständnis der Neuausrichtung der Förderung ist wesentlich, dass die Fachinformationsdienste ausdrücklich auf eine Optimierung des Zugriffs auf Informationen abzielen – sei es auf gedruckte Bücher oder digitale Medien – nicht aber vorrangig auf deren umfassende Beschaffung und Archivierung. [...] Ein funktionierendes Gesamtarchiv von Forschungsliteratur und Forschungsmaterialien [...] ist aus dieser Perspektive vielmehr eine kooperativ wahrzunehmende Aufgabe der Nationalbibliotheken und -archive oder vergleichbarer

Einrichtungen nationalen Rangs rund um den Globus.“⁵ Der durch die geringen Bewilligungsquoten der ersten zwei Umstellungsjahre extern induzierte Anpassungsdruck – salopp formuliert: weg vom Content, hin zum Context – hat also gewirkt. Die antragstellenden Bibliotheken sind im dritten Jahr der Neuausrichtung offenbar sehr konsequent den Vorgaben des neuen Formats gefolgt, mit dem erfreulichen Ergebnis einer Erfolgsquote von 84 %.

Mit Blick auf die in 2018 zu treffende Entscheidung über die Fortführung des FID-Programms hat die DFG auf einem Treffen der Leitungen der FID-Bibliotheken im Frühjahr 2016 zudem deutlich betont, dass sie sich auch künftig in der „Infrastrukturförderung“ wissenschaftlicher Bibliotheken engagieren wird. Diese sehr begrüßenswerte Aussage darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch im FID-Programm das vertraute Problem „Projektfinanzierung versus Nachhaltigkeitssicherung“ stellt – und zwar in einer gegenüber dem SSG-System deutlich verschärften Form.

Im SSG-Kontext bestand die dauerhaft von den Bibliotheken – neben der antragsbezogenen „Eigenleistung“ im engeren Sinne – zu tragende „Grundlast“ vor allem in klassischen bibliothekarischen Arbeiten der Erwerbung, Erschließung, Magazinierung und Dokumentlieferung sowie in der Vorhaltung entsprechender Stellflächen und logistischer Leistungen. Die im neu etablierten FID-System bewilligten, signifikanten Personalmittel sind demgegenüber primär für die Entwicklung und Implementierung IT-basierter Services vorgesehen, wie das entsprechende „Portfolio“ der in der dritten Antragsrunde für die Bayerische Staatsbibliothek und ihre Projektpartner bewilligten FIDs Geschichte, Altertumswissenschaften und Osteuropa exemplarisch zeigt. Vorgesehen sind unter anderem: ein Such- und Zugangsportal für die Europäische Geschichte und die Technik- und Wissenschaftsgeschichte, der Aufbau einer digitalen Deutschen Historischen Bibliographie, die Entwicklung einer landesgeschichtlichen Rezensionenplattform, ein Linked Open Data-Angebot „Digital Classics“, eine Plattform zum elektronischen Publizieren „Propylaeum-E-Publishing“, der Aufbau einer Aufsatzdatenbank und die Etablierung einer Infrastruktur für Forschungsdaten zur Osteuropaforschung.

Sofern diese Dienste die Akzeptanz ihrer Nutzer finden, sind sie nicht nur in den Dauerbetrieb zu überführen, sondern auch kontinuierlich weiterzuentwickeln und technisch aktuell zu halten. Das ist ersichtlich eine kategorial andere Aufgabe als das „Prozessieren“ erworbener Literatur in vertrauten bibliothekarischen Geschäftsgän-

⁴ Der Antrag zum FID Altertumswissenschaften wurde gemeinsam mit der Universitätsbibliothek Heidelberg, der Antrag zum FID Geschichtswissenschaft mit dem Deutschen Museum gestellt.

⁵ Kümmel und Strohschneider (2014, 125 und 127).

gen. Man sieht: In der Gesamtheit aller bewilligten FIDs entsteht derzeit eine vielfältige und heterogene Landschaft personalintensiver, technologisch hochanspruchsvoller digitaler Dienste, deren Verstetigung und nachhaltige Absicherung völlig offen sind. Die vertraute Problematik der Überführung projektorientierter Entwicklungen in dauerhafte Dienste – eben in „Infrastrukturen“ – schlägt damit voll und verschärft auf das ehemalige Handlungsfeld der Sondersammelgebiete durch. Verschärft, da es sich diesmal primär um die Kontinuierung der Beschäftigungsverhältnisse hochqualifizierten, am Arbeitsmarkt raren IT-Personals handeln wird.

Vor dem Hintergrund, dass bereits 2018 über die Frage zu entscheiden ist, ob und – falls ja – in welcher Form die FIDs als Förderprogramm weitergeführt werden, besteht hier dringender Handlungsbedarf. Diesen werden die FID-Projektnehmer nach Lage der Dinge wohl kaum an die DFG delegieren können. Die dort erklärte Bereitschaft, sich auch weiterhin in der *Infrastrukturförderung* engagieren zu wollen, darf nicht mit der Bereitschaft zur dauerhaften *Infrastrukturfinanzierung* verwechselt werden. Diese kann nach ihrem Selbstverständnis auch nicht Aufgabe der Deutschen Forschungsgemeinschaft sein, wie die Leitung der Gruppe „Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme“ deutlich betont: „Die Rolle der DFG im Gesamtsystem der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen ist es, Anreize zu setzen, Startkapital bereitzustellen, fachliche und strukturelle Entwicklungen zu stimulieren. Ihre Rolle ist es nicht, die einmal angestoßenen Entwicklungen und die entstandenen Strukturen dauerhaft zu finanzieren.“⁶ Man wird also – zumindest nach derzeitigem Stand – nicht von einer Wiedereinführung der *Strukturlogik* des SSG-Systems „durch die Hintertür“ ausgehen dürfen.

Die Verantwortung für die dauerhafte Finanzierung wird absehbar bei den FID-Bibliotheken als Projektnehmern verbleiben. Angesichts der Tatsache, dass die FIDs noch prägnanter als die SSGs auf die komplementäre Unterstützung der Forschung mit hochspeziellen Inhalten und Mehrwertdiensten abzielen, deren Nutzung am jeweils eigenen Standort der FID-Bibliothek oft nur marginal ist, wird es nicht leicht werden, hier die Unterhaltsträger in die Pflicht zu nehmen. Der sukzessive Rückbau des Literaturmittelteils im FID-Programm wird zudem allenfalls langfristig und partiell die Option von Stellenumwidmungen oder Umschichtungen bei entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen eröffnen: Aus einem geisteswissen-

schaftlichen Fachreferenten ist nun einmal nicht „mal eben“ ein PHP-Programmierer zu machen.

Die Wahrnehmung der Nachhaltigkeitsverantwortung würde faktisch bereits *jetzt*, also in der Phase des projektförmig organisierten Aufbaus der bewilligten FID-Dienste, eine dezidierte *Entscheidung* für ihren langfristigen Betrieb und ihre kontinuierliche Weiterentwicklung erfordern – auch unabhängig von der Zukunft des FID-Förderformats. Ansonsten ist die Entstehung weiterer „Projektruinen“ vorgezeichnet. Dieses Commitment scheint jedoch allenfalls im Ausnahmefall gegeben zu sein. In der Regel wartet man – dem „Prinzip Hoffnung“ folgend – auf die nächste Projektausschreibungsrunde. Es droht also die ebenfalls vertraute Situation, dass Projektmittel neben der fachlichen Motivation vor allem auch zur Fortführung befristeter Beschäftigungsverhältnisse beantragt werden.

3 Digitale Langzeitarchivierung – nationale oder institutionelle Verantwortung?

„Historical memory is not about the past – it is about the future“.

Abby Smith Rumsey

Beim Thema der digitalen Langzeitarchivierung gestaltet sich die Konzeption einer nachhaltig wirksamen, bibliothekspolitischen Strategie noch deutlich schwieriger als im Falle der Fachinformationsdienste. Während hier immerhin eine auf drei Jahre befristete Drittmittelförderung sichergestellt ist, die in der dritten Antragsrunde zudem eine Erfolgsquote von über 80% aufweisen kann, liegt das Handlungsfeld der digitalen Langzeitarchivierung gegenwärtig *förderpolitisch* brach. Das war nicht immer so. In der Ausschreibung der vieldiskutierten DFG-Förderlinie vom Oktober 2011 zur „Neuausrichtung überregionaler Informationsservices“ wird für das Themenfeld „Langzeitverfügbarkeit“ explizit als Ziel des Förderprogramms formuliert: „Im Zuge der Neuausrichtung überregionaler Informationsservices soll nun der Aufbau und die Bereitstellung einer überregionalen, skalierbaren, mandantenfähigen Infrastruktur – vom Dateningest bis zur Endnutzerbereitstellung unter Einbeziehung sämtlicher Schritte der digitalen Langzeitarchivierung – unterstützt werden.“⁷

In Reaktion auf dieses Ausschreibungsprofil hat ein in Deutschland bis dahin einmaliges Konsortium wissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen im Oktober 2012

⁶ Lipp (2014, 284).

⁷ Deutsche Forschungsgemeinschaft (2011).

einen Antrag zu einem „Nationalen Leistungsverbund Langzeitverfügbarkeit (NLL)“ bei der DFG eingereicht, der explizit ein deutschlandweit verfügbares, fachlich, organisatorisch und technisch detailliert abgestimmtes Serviceangebot folgender Institutionen vorsah: die Bayerische Staatsbibliothek und der Bibliotheksverbund Bayern, das Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden, das Zentrum für Informationsdienste und Hochleistungsrechnen der TU Dresden, das Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin mit dem Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg, die Deutsche Nationalbibliothek und die Gesellschaft für Wissenschaftliche Datenverarbeitung Göttingen.

Die Antragsteller betonten im Projektantrag deutlich die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geforderte, überregional strukturbildende Intention ihres Ansatzes: „Ziel des Vorhabens ist der Aufbau eines deutschlandweit agierenden Nationalen Leistungsverbundes Langzeitverfügbarkeit (NLL), der durch ein Konsortium von Partnern entwickelt und betrieben werden soll, die bereits heute auf ihren jeweiligen Handlungsfeldern strukturbildende Aktivitäten zur digitalen Langzeitarchivierung (LZA) maßgeblich verantworten – infrastrukturell wie anwendungsorientiert. Der NLL wird ausgehend von den vorhandenen LZA-Funktionalitäten ein sparten- und fächerübergreifendes, bedarfsgerechtes Angebot an Diensten für die Langzeitarchivierung entwickeln, zu überregional nutzbaren Dienstleistungen ausbauen und über eine Geschäftsstelle anbieten und vertreiben.“ Gerade vor dem Hintergrund der föderalen Verfasstheit des deutschen Wissenschaftssystems kann man zu diesem Konzept und diesem Konsortium eigentlich nur sagen: Mehr geht nicht!

Die Ablehnung des Antrags im März 2013 kam denn auch für die Antragsteller und die gesamte LZA-Community völlig unerwartet und wirkt bis heute in allen projektförmig angelegten Initiativen auf diesem Handlungsfeld gleichsam „traumatisch“ nach. Sieht man auf die Ablehnungsgründe, so zeigt sich, dass gutachterseitig vor allem der nationalen Integrationskraft und -fähigkeit der Projektpartner nicht getraut wurde:⁸ „Es bestehe die Gefahr“, so das Votum der DFG-Prüfgruppe, „dass bei der Umsetzung dieses Konzepts die langjährige Kooperation der Konsortialpartner in eine Rückentwicklung in länderspezifische Zuständigkeiten führe; dieses könne aber nicht zukunftsweisend sein.“ Wie man indes diese Zuständigkei-

ten kurzerhand „überspringen“ soll, wird allerdings nicht ausgeführt – man wird ja wohl nicht auf die Etablierung von „Bundesuniversitäten“ warten wollen.

Dennoch wurde im Rahmen der ausgeschriebenen Förderlinie mit einem verschlankten und teilweise neu formierten Konsortium ein zweiter, maßgeblich vom Nestor-Kooperationsverbund getragener und damit deutlich „dezentraler“ angelegter Versuch gestartet: Im November 2013 wurde ein auf 18 Monate berechnetes Koordinationsprojekt beantragt, das einen Referenzrahmen „Langzeitverfügbarkeit“ erarbeiten sollte, in dem dann künftig Projektanträge für einzelne Module eines LZA-Servicemodells zu positionieren wären. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Während der Vorgängerantrag wohl als zu ambitioniert empfunden wurde, erschien der zweite Anlauf offenbar so kleinteilig, dass man meinte, nun gleich auf die Vorort-Kompetenz als hinreichende infrastrukturelle Absicherung des Handlungsfeldes abstellen zu können: „Es gebe“, so der seinerzeit zuständige DFG-Unterausschuss für Informationsmanagement, „in Deutschland sehr wohl Einrichtungen, die sich auf dem Gebiet der Langzeitverfügbarkeit gut auskennen.“ Mit diesem Votum wurde dann auch die Förderlinie ergebnislos eingestellt: „Eine erneute Ausschreibung soll nicht vorgenommen werden“. Ein im Jahr 2015 eher informell vorgenommener Vorstoß, das Thema bei der deutschen Hochschulrektorenkonferenz zu platzieren, wurde mit dem Hinweis, die Langzeitarchivierung zähle zu den Grundaufgaben der betroffenen Einrichtungen, beantwortet.

Langzeitarchivierung wird hier im umfassenden Sinne als Inbegriff aller Maßnahmen verstanden, die der Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Interpretierbarkeit digitaler Daten über lange Zeiträume hinweg dienen. Wird in diesem Verständnis die *Archivierungskomponente* immer auch als *Bereitstellungskomponente* gedacht, stellt sie die vielleicht wichtigste Aufgabe von Bibliotheken und Gedächtnisinstitutionen jeder Art im digitalen Zeitalter dar. Es ist daher nicht verwunderlich, dass diese Aufgabe gegenwärtig gleichsam als „Wiedergänger“ in der deutschen Förderlandschaft erneut auftaucht. Bemerkenswert ist allerdings die Form, in der dies geschieht. Der von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz gegründete Rat für Informationsinfrastrukturen (RfII) sieht die Langzeitarchivierung als eine zentrale Aufgabe einer zu etablierenden, netzwerkförmigen Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI): „Das Feld der Langzeitarchivierung bedarf besonderer Anstrengungen und eines hohen Maßes an institutioneller Kontinuität, nicht zuletzt um Skalierungs- und Synergieeffekte zu realisieren. Der RfII empfiehlt hier die frühzeitige Bündelung von Ressourcen in einem Netzwerk von auf spezifische Bedarfe der Langzeitverfügbarkeit eingestell-

⁸ Vielleicht wurde sie auch als Bedrohung empfunden.

ten Kompetenzzentren bzw. übergreifend arbeitenden Infrastrukturzentren innerhalb der NFDI.“⁹

Diese Empfehlung gleicht nahezu bis in die Wortwahl dem oben skizzierten Arbeitsprogramm des abgelehnten DFG-Projektvorhabens zum „Nationalen Leistungsverbund Langzeitverfügbarkeit“. Das macht Mut, aber auch ratlos, da nicht absehbar ist, in welches Förderformat diese Empfehlung überführt werden könnte. Sollen die Institutionen, die seinerzeit unter dem Zeichen des Nationalen Leistungsverbundes angetreten sind, nun ihren abgelehnten Antrag aus der Schublade hervorholen, ihn auf das Thema der Forschungsdaten – der Begriff wird vom RfII bewusst in einem sehr weiten Sinne verstanden – hin „trimmen“ und erneut einreichen? Und wenn ja, wo sollten sie dies tun? Bei der DFG, die hier wohl die primär anzusprechende Instanz wäre, ist das Projekt eines nationalen LZA-Konsortiums gleich zweimal gescheitert und damit gründlich „verbrannt“.

Bemerkenswert ist, dass die Frage der *Auswahl* des Erhaltungs- und Bewahrungswürdigen sich im Digitalen in quantitativ wie qualitativ maximaler Zuspitzung stellt – man denke nur an Forschungsprimärdaten, die Massendigitalisierung „analoger“ Kulturgüter und die 3D-Digitalisierung.¹⁰ Noch bemerkenswerter ist, dass die Öffentlichkeit diese Leistung, die von Bibliotheken bisher strikt auf formale Selektionsmechanismen begrenzt wurde, durchaus in der Verantwortung und Kompetenz der Bibliothekare und Archivare sieht.

Der bekannte Publizist und Journalist Heribert Prantl hat dies jüngst prägnant hervorgehoben: „Vergangenheit ist eine kulturelle Schöpfung – eine kulturelle Schöpfung der Gegenwart für die Zukunft. Der Raum für diesen Schöpfungsakt sind Bibliotheken und Archive – und zu den Hauptpersonen dieses Schöpfungsakts gehören die Archivare und Bibliothekare. Ihr Schöpfungsakt ist ein *politischer* Akt, weil er auswählt, weil er darüber urteilt, was zukunftsbedeutsam ist und was nicht. Der homo conser-

vator ist ein homo politicus. Seine Arbeit entscheidet darüber, welche Quellen versiegen und welche aus der Vergangenheit in die Zukunft fließen; seine Arbeit entscheidet darüber, welche Texte, Töne und Bilder später einmal die Erinnerung und das kollektive Gedächtnis stimulieren können. Der Archivar und der Bibliothekar formen aus einem Haufen von geschriebenen, gedruckten und gespeicherten Materialien einen Kosmos der Ordnung.“¹¹ In diesem Verständnis wäre die Bibliothekspolitik der Langzeitarchivierung zugleich *Gesellschaftspolitik* in einem eminenten Sinne – und die Tatsache, dass es derzeit kein dieser Aufgabe angemessenes Förderformat gibt, ist mehr als ein *nur* bibliothekspolitischer Skandal.

4 Bestandserhaltung – Ansammlungen oder Sammlungen?

Die Aufgabe der Bestandserhaltung des *gedruckten* Kulturgutes verhält sich kompetitiv ebenso wie komplementär zu der der *digitalen* Langzeitarchivierung. Bibliothekspolitisch ist bis heute völlig unbefragt, dass beides gleichermaßen erforderlich sei, und zwar auch dort, wo durch massenhafte Retrodigitalisierung gewaltige Korpora urheberrechtsfreier Druckbestände in das digitale Format überführt werden. Die 2015 nach mehrjährigen und oft langwierigen Erhebungen publizierten „Bundesweiten Handlungsempfehlungen“ zur Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes in Archiven und Bibliotheken in Deutschland für die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und die Kultusministerkonferenz formulieren hier bündig: „Die Digitalisierung von Büchern und Dokumenten ist ein wesentlicher Beitrag zur Informationssicherung und verbessert gleichzeitig die Zugänglichkeit der Originale über Internetportale wie die ‚Deutsche Digitale Bibliothek‘ und die ‚Europeana‘. Die Digitalisierung flankiert die Bestandserhaltung, erübrigt aber nicht die konservatorischen und restauratorischen Maßnahmen am Original.“¹²

Die Bundesweiten Handlungsempfehlungen, federführend erarbeitet von der an der Staatsbibliothek zu Berlin angesiedelten Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK), errechnen zur Bewältigung dieser Aufgabe beängstigende und politisch im Wortsinne „indiskutable“ Finanzbedarfe: Zur Sicherung von jährlich 1 % der in deutschen Archiven und Bibliotheken überlieferten, geschädigten Originale wäre pro Jahr ein

9 RfII – Rat für Informationsinfrastrukturen (2016, 48).

10 In diesen Kontext gehört auch die – meines Erachtens gerade durch Bibliothekare zu leistende – Problematisierung der „Reaktivierung“ vergangener Diskursformationen durch die massenhafte Digitalisierung von Überlieferungsbeständen und die damit zum Beispiel einhergehende Gefahr der Globalisierung „eurozentrischer“ Perspektiven. Hierauf hat jüngst Achille Mbembe aus einer postkolonialen Sicht aufmerksam gemacht: „Afrika existiert nur auf der Grundlage einer Kolonialbibliothek, die sich überall einmischt und dazwischendrängt, selbst noch in den Diskurs, der vorgibt, sie zurückzuweisen, so dass es in der Frage der Identität, der Tradition oder der Authentizität vielleicht nicht unmöglich, aber zumindest doch schwierig ist, zwischen dem Original und seiner Kopie oder seinem Bild zu unterscheiden.“ Siehe Mbembe (2015, 181).

11 Prantl (2016, 224).

12 Bundesweite Handlungsempfehlungen (2015, 9).

Mehrbedarf von 52,3 Millionen Euro erforderlich.¹³ Der Projektabschluss wäre dann also um das Jahr 2116 zu erwarten. Im Empfehlungspapier wird denn auch ein von den mühsam erhobenen Zahlen komplett abgekoppeltes Phasenmodell favorisiert, das der Politik – etwa in einem ersten Dreijahresprogramm – überhaupt einen halbwegs realitätsnahen „Einstieg“ in ein entsprechendes Förderprogramm erleichtern soll.

Neben der Restaurierung und Konservierung spielt im Bibliotheksbereich die Erhaltungsmaßnahme der *Massenentsäuerung* für die im Zeitabschnitt von 1851 bis circa 1990 erschienenen Bestände eine zentrale Rolle. Bemerkenswert ist hier, dass die in den Bundesweiten Empfehlungen ermittelten Bestandsdaten und Finanzbedarfe sich ausschließlich auf das bibliothekarische *Pflichtexemplar* beziehen. Man muss das gut 100 Seiten starke Empfehlungspapier schon sehr sorgfältig lesen, denn auf diese Beschränkung wird nur an zwei Stellen hingewiesen:¹⁴ „Im Zeitabschnitt 1851–1990 müssen auf Länderebene nach einer Momentaufnahme aus dem Frühjahr 2015, die an Pflichtexemplarregelungen anknüpft, 3,7 Mio. säuregeschädigte Bände berücksichtigt werden. In den Bundeseinrichtungen sind rund 5,2 Mio. geschädigte Bände dringend zu entsäuern. Dieses Mengengerüst bildet die erste Stufe der Gesamtstrategie – mittelfristig kann über eine bundesweite Koordinierung aus der Mehrfachüberlieferung in Bibliotheken im Zeitabschnitt 1851–1990 je Titel mindestens ein Exemplar für folgende Generationen erhalten werden.“¹⁵ Gedacht ist hierbei an ausländische Drucke¹⁶ und „Sammlungen von intrinsischem Wert“.¹⁷ Weder das eine noch das andere ist jedoch – wie gesagt – Gegenstand der vorgelegten Erhebungen und Berechnungen, und wird es angesichts der auch so schon exorbitanten Finanzbedarfe auch nicht werden – es sei denn, man interpretiert „mittelfristig“ als „nach dem Jahr 2116“.

Neben der nicht diskutierten Grundvoraussetzung der Handlungsempfehlungen – das Digitalisat sei *grundsätzlich* nur als Sekundär-, nicht als Substitutform des Gedruckten zu denken – zeigt sich hier ein weiterer unterreflektierter Leitgedanke: Indem sich das Erhaltungskonzept für den Zeitabschnitt 1851 bis 1990 auf das deutsche Pflichtexemplar beschränkt, bleibt die für jede bedeutendere *wissenschaftliche* Sammlung konstitutive „Internationalität“, also das Sammeln unabhängig von Sprache und Publikations-

ort, ausgeblendet.¹⁸ Die alle Aktivitäten der kommenden Jahre auf dem Feld der Bestandserhaltung maßgeblich orientierenden Bundesweiten Handlungsempfehlungen sind damit im Kern für die Sicherung der *wissenschaftlichen Sammlungen* irrelevant, sie beschränken sich vielmehr in einem sehr verengten Verständnis auf deutsches schriftliches Kulturgut: Es geht um das Bewahren von *Ansammlungen*¹⁹, nicht von *Sammlungen*. Die Verantwortung für das wissenschaftliche schriftliche Gedächtnis in deutschen Bibliotheken wird faktisch *externalisiert*, das heißt, den entsprechenden Bemühungen aller anderen Länder um *ihr* Pflichtexemplar zugewiesen. Das mag angesichts der kalkulierten Finanzbedarfe „alternativlos“ erscheinen, sollte aber zumindest klar gesagt und verantwortet *entschieden* werden: Die Fiktion einer „Weltbibliothek“ ist kein Ersatz für eine funktionierende nationale Informationsinfrastruktur.

Hervorzuheben ist zudem, dass die gängigen Verfahren der Massenentsäuerung, für die in den Bundesweiten Handlungsempfehlungen zwar weiterer Forschungsbedarf gesehen wird, hinsichtlich ihrer Effektivität durchaus noch einmal grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen sind. Dies zeigen Thorsten Allscher und Anna Haberditzl in ihrem Bericht über die neu erschienene technische Spezifikation ISO/TS 18344 „Effectiveness of paper deacidification processes“. Zur Messung des Entsäuerungserfolges lässt ISO/TS 18344 die sogenannte „alkalische Reserve“ als Hauptkriterium an die Stelle des pH-Wertes treten: „Während der pH-Wert nur anzeigt, ob das Papier aktuell entsäuert ist, gibt die alkalische Reserve an, wieviel Puffer vorhanden ist, um die zukünftig entstehende Säure zu neutralisieren. [...] Nur mit ausreichend alkalischer Reserve wird die Lebensverlängerung des Papiers erreicht, die das Ziel der Massenentsäuerung ist.“²⁰

Allscher und Haberditzl weisen deutlich darauf hin, dass sich mit den Standards der neuen technischen Spezifikation ein unreflektiertes „Weiter-So“ in der Beauftragung und Anwendung der verfügbaren Verfahren zur Massenentsäuerung verbietet: „Mit dem Erscheinen der neuen ISO-Spezifikation ist jetzt die Grundlage geschaffen, im Rahmen eines erneuten Projekts die aktuell marktverfügbaren Massenentsäuerungsverfahren unter dem Aspekt

¹³ Ebd., 12–15.

¹⁴ Ebd., 23 und 27.

¹⁵ Ebd., 27.

¹⁶ Ebd., 50.

¹⁷ Ebd., 23.

¹⁸ So erwirbt etwa die Bayerische Staatsbibliothek kontinuierlich mehr als zwei Drittel ihrer Neuzugänge – seien sie gedruckt oder digital – auf ausländischen Märkten.

¹⁹ Also die in Pflichtexemplarbibliotheken akkumulierten, „zufällig“ in Deutschland erschienenen Publikationen jeden beliebigen Inhalts.

²⁰ Allscher und Haberditzl (2016, 80).

der Effektivität zu beurteilen.“²¹ Und sie sind sich auch durchaus der politischen Implikationen der neugewonnenen Erkenntnisse bewusst: „Da die öffentlichen Gelder, die für die Massenentsäuerung zur Verfügung stehen, begrenzt sind und die Entsäuerung zum Erhalt der Originale schon aus finanziellen Gründen *nicht beliebig oft wiederholt werden kann*, muss die Entsäuerung das beste Ergebnis liefern, das möglich ist.“²²

Bemerkenswert an diesen Aussagen ist nicht nur, dass sie geeignet sind, den Markt für Massenentsäuerungsleistungen gründlich „aufzumischen“ und ein entsprechendes Moratorium vor der Verausgabung weiterer Fördermittel für diese Leistungen angezeigt erscheinen lassen, sondern dass es die *Fachebene* ist, die sich offenkundig in der Pflicht sieht, die betroffenen *Leitungsebenen* zu einem entsprechenden *Entscheidungshandeln* ermuntern zu müssen – unternehmenssoziologisch betrachtet sollte es eigentlich umgekehrt sein.

Mit Blick auf die Bundesweiten Handlungsempfehlungen mag man einwenden, dass es leichtfertig sei, konsequentes Entscheiden einzufordern, wo doch – schon mit Blick auf die kalkulierten Finanzbedarfe – alternative Lösungen nicht in Sicht seien. Aber sind sie dies wirklich nicht? Würde man die Bestandserhaltung konsequent vom *wissenschaftlichen* Charakter der betroffenen Sammlungen her denken, und das Digitalisat zumindest *prinzipiell* als Substitutform akzeptieren, käme man gegebenenfalls zu ganz anderen Schlussfolgerungen. Im Kern wären dann *prioritär* wohl die urheberrechtsbewehrten Bestände des 20. Jahrhunderts in den großen Universal- und Forschungsbibliotheken Deutschlands zu entsäuern, um die Möglichkeit wissenschaftlichen Arbeitens mit diesen Korpora langfristig abzusichern – wohingegen die Tradierung *allen* „zufällig“ in Deutschland publizierten Schrifttums zumindest nicht das primäre Ziel wäre. Welchen Weg auch immer man wählt, wichtig ist, dass hier zumindest das Vorliegen von *Entscheidungstatbeständen* endlich erkannt und anerkannt wird, bevor man sich in den Quisquilien der Validierung von Erhebungsgrundlagen, der Neujustierung von Expertenbefragungen oder der Verteilungsgerechtigkeit von Finanzierungsschlüsseln verstrickt.²³

5 Kollektives Bestandsmanagement – von der Handlungsmacht einer Fiktion

Das Thema eines institutionsübergreifenden Bestandsmanagements, bezogen vor allem auf Druckschriftenbestände, ist ein in Deutschland noch relativ junges Handlungsfeld. Man kann hier also sehr gut deutsche Bibliothekspolitik „in the making“ beobachten. Leider wird hierbei geradezu lehrbuchartig sichtbar, wie die in den vorangegangenen Abschnitten aufgezeigten Defizite im Umgang mit bibliothekspolitisch relevanten Fragen sich erneut und mit vermehrter Wucht einstellen. Das Thema kommt „auf leisen Sohlen“ daher, ist also in der Reflexion seiner bibliothekspolitischen Sprengkraft wie in der gremialen Verankerung seiner Diskussion unterbestimmt. Es wird zudem nicht als *Entscheidungsfrage*, sondern als *Faktenfrage* angegangen – konkret als Aufgabe einer extrem ausdifferenzierten Analyse deutscher Printbestände im WorldCat, der weltweit größten bibliographischen Datenbank. Schließlich werden bei der bibliothekspolitischen Exposition des Themas bestimmte Unterstellungen unhinterfragt statuiert, die alles andere als selbstverständlich sind. Beim kollektiven Bestandsmanagement ist dies vor allem die schlichte Behauptung: „Kooperative Bestandskonzepte und eine arbeitsteilige Aufgabenverteilung lösen das Konzept des lokalen Vorhaltens gedruckter Bestände ab.“²⁴ Was immer man von dieser Behauptung halten mag, die Geldgeber gleich welcher Zuständigkeitsebene wird sie in jedem Fall freuen.

Doch eins nach dem anderen. Im Vordergrund der aktuellen Diskussion stehen die Ergebnisse der von OCLC Research Anfang 2016 publizierten Studie „Strength in Numbers: The Research Libraries UK (RLUK) Collective Collection“. Die Studie definiert eine Collective Collection als „the combined collections of multiple institutions, viewed as a single, aggregate resource“, wobei explizit betont wird, dass man diese Betrachtungsweise grundsätzlich beliebig skalieren kann: „The focus on scale has led to a growing interest in the capacities, infrastructure and resources of the system, however the system is defined (e.g., small group, consortium, region).“²⁵ Die Collective Collection ist also eine Fiktion im Sinne einer heuristi-

²¹ Ebd., 81.

²² Ebd., 81 (Hervorhebung vom Autor).

²³ Vgl. Bundesweite Handlungsempfehlungen (2015, 23).

²⁴ Zitat aus dem Entwurf eines Projektantrags zum Thema „Die Überlieferung gedruckter Bücher und Zeitschriften in den großen wissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands: Analyse und Entwicklungsoptionen für ein arbeitsteiliges Bestands-, Erhaltungs- und Retrodigitalisierungsmanagement“ vom Juni 2016.

²⁵ Malpas und Lavoie (2016, 8).

schen Annahme, mit deren Hilfe sich Kooperationsmöglichkeiten oberhalb der lokalen Handlungsebene ausloten lassen.

Die konkreten Ziele einer derartigen Bestandsanalyse „above the institution“ können vielfältig sein, und die OCLC-Studie argumentiert hier sehr behutsam. So ist zum Beispiel von „choices on print retention“,²⁶ „collective stewardship interests“²⁷ und einem „shared custodial arrangement“²⁸ die Rede. Die Gründe für diese Zurückhaltung werden offenkundig, wenn man auf die Ergebnisse der Studie sieht, die – wie der Titel sagt – die Bestände der Forschungsbibliotheken Großbritanniens in den Blick nimmt: einbezogen sind 32 Bibliotheken mit 29,4 Millionen Titeln und 61,4 Millionen Exemplaren. Die Analyse der Verteilung dieser Bestände vermittelt von WorldCat-Auswertungen hat nämlich wider Erwarten *nicht* zum Nachweis signifikanter Redundanzen und entsprechender Rationalisierungspotenziale geführt: „Nearly 90 % of the RLUK print book publications are held by fewer than five members, while in contrast, less than 1 % – about 63,000 print book titles – are held by more than 20 RLUK members. Taken together, this suggests an RLUK print book resource that is thinly spread over the membership, with low levels of duplication and correspondingly high levels of scarcity in terms of in-group availability.“²⁹ Die Studie spricht denn auch von der „paradoxical conclusion that „rareness is common““.³⁰

In Deutschland wurde die britische Studie unmittelbar nach ihrem Erscheinen von einer bedeutenden wissenschaftlichen Bibliothek mit dem Ziel der Erarbeitung eines DFG-Projektantrags zur „Überlieferung gedruckter Bücher und Zeitschriften in den großen wissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands“ aufgegriffen. Das Projekt soll die Grundlagen für ein national arbeitsteiliges Bestands-, Erhaltungs- und Retrodigitalisierungsmanagement legen. Im Unterschied zur britischen Studie wird das hierunter zu Verstehende – vor dem Hintergrund der oben zitierten Behauptung der Lösung vom Konzept lokaler Bestände – im Antragsentwurf sehr deutlich gemacht. Es „bindet das Vorhalten umfangreicher Bestände von Büchern und Zeitschriften große Teile des Personals und der Finanzen der wissenschaftlichen Bibliotheken“.³¹ Es sei daher unter anderem erforderlich, „abgestimmte Aussonderungskonzept-

te zu entwickeln, um durch Aussonderung nicht mehr erforderlicher Literatur Stellflächen und damit verbundene Aufwendungen einzusparen oder umzuwidmen.“

Kooperationsvereinbarungen oder Selbstverpflichtungen der betroffenen Bibliotheken sollen diesen Rückbau sozialverträglich gestalten helfen: „Angesichts deutlicher Überschneidungen im Druckschriftenbestand großer wissenschaftlicher Bibliotheken in Deutschland“ – die OCLC-Research-Studie war doch für Großbritannien zum entgegengesetzten Ergebnis gekommen – „lassen sich [...] Übergänge zu arbeitsteiligen Bestandskonzepten entwickeln, welche weder den Aufbau zusätzlicher Serviceeinrichtungen³² noch eine Stilllegung einzelner Einrichtungen oder jähe Personalveränderungen erfordern.“

Kern der im geplanten Projekt zu erstellenden Studie sollen umfangreiche und diffizile WorldCat-Auswertungen sein, vor allem auch zur Ermittlung der *fachlichen* Verteilung und Sammlungsintensität der deutschen Collective Collection, von der schlicht unterstellt wird, das sie so ganz anders verfasst sei als ihr britisches Pendant. Dabei wäre es ein leichtes, sich auf die für Deutschland im WorldCat verfügbaren Daten der „In-group Duplication of Print Book Titles“ in Analogie zur RLUK Collective Collection zu beschränken, da dies die bibliothekspolitisch und strategisch entscheidende Größe darstellt. Die Erhebung dieses Wertes wäre relativ umstandslos durch die Gegenüberstellung von Titeln einerseits und Holdings andererseits mit dem Länderkürzel DE im WorldCat zu ermitteln. Sollten die Ergebnisse denen der britischen Studie korrespondieren – „rareness is common“ – erübrigen sich weitere Erhebungen.

Dieses „konservative“ Vorgehen sollte schon deshalb eine Selbstverständlichkeit sein, da der geplante Projektantrag absehbar eine durch die bibliothekarische Community *in keiner Weise mehr kontrollierbare Wirkung* entfalten wird. Insbesondere wissenschaftliche Bibliotheken mit einem ausschließlich lokalen Versorgungsauftrag, also ohne dezidierte Sammlungen und regionale oder überregionale Aufgaben, werden sich ggf. einem immensen Druck ihrer Unterhaltsträger zum Abbau von Beständen, zur Verbarmachung von Magazinflächen und zur Ablösung von Personalstellen ausgesetzt sehen, *ohne* dies selbst noch strategisch steuern zu können. Es ist daher zu fordern, dass ein derartiges, scheinbar rein fachlich daherkommendes Vorhaben nur nach transparenter Diskussion und Konsentierung in den relevanten nationalen Bibliotheksgremien überhaupt in Angriff genommen wird.

26 Ebd., 37.

27 Ebd., 39.

28 Ebd., 15.

29 Ebd., 15.

30 Ebd., 36.

31 Hierzu und den folgenden Zitaten aus dem Entwurf des Projektantrags vgl. Anm. 21.

32 Gedacht ist hier an den Bau zentraler Speicherbibliotheken.

Vor allem aber wäre *bibliothekspolitisch* von vornherein zu bedenken, dass die Idee einer (letztlich global skalierbaren) geteilten und kollektiven Sammlung ein *fiktives Konstrukt* darstellt. Die OCLC-Studie betont dies sehr deutlich: „It is important to note that the aggregate resource of RLUK libraries has not been developed or managed as a shared collection, so any patterns that are revealed by analysis reflect the cumulative effect of individual institutional decisions.“³³ Damit aber stellen sich die skizzierten Überlegungen zu einem Bestandsmanagement „oberhalb“ des lokalen Erwerbungshandelns faktisch als Modelle der *Externalisierung von Sammlungsverantwortung* dar.³⁴ Es wiederholt sich hier – siehe das oben wiedergegebene Zitat von Kümmel/Strohschneider – exakt das gleiche Argumentationsmuster wie im Fall des Übergangs von den SSGs zu den FIDs.

Den im Modell eines nationalen Bestandsmanagements in die Archivierungspflicht genommenen Einrichtungen wird eine *Maximalverantwortung* aufgebürdet, da alle nicht in der Bewahrungspflicht stehenden Bibliotheken sich im Gegenzug umstandslos und endgültig von ihren Beständen entlasten können – oder von ihren Geldgebern dazu genötigt werden. Damit bedeutet die Bewahrungspflicht zugleich ein Commitment auf unabsehbare Zeit, das juristisch und fiskalisch nur in Form einer zeitlich unbegrenzten Verpflichtungsermächtigung seitens des jeweiligen Unterhaltsträgers abbildbar ist. Dass derartige nicht erreichbar ist, liegt auf der Hand.

Bibliothekspolitisch bleibt daher nur zu hoffen, dass die neuerdings auftauchenden Projektideen eines nationalen Bestandsmanagements möglichst lautlos wieder in der Schublade verschwinden – zumal die Ergebnisse der britischen OCLC-Research-Studie hierzu allen Anlass geben.

6 Das CIB-Projekt – vom Fetisch der Fakten

Die folgenden, knappen Ausführungen zum von der DFG geförderten, ursprünglich auf fünf Jahre angelegten Großprojekt „Cloudbasierte Infrastruktur für Bibliotheksdaten (CIB)“ schließen den Gang durch einige der politisch besonders relevanten Handlungsfelder des deutschen Bibliothekswesens ab. Es ist ein eher bedrückender Abschluss, bedeutet er doch die Einladung zur Teilnahme an einem Leichenbegängnis dritter Klasse: Hier trägt die Leiche die

Kerze selbst. Die Projektnehmer – die Bibliotheksverbünde Bayerns (BVB), Hessens (HeBIS) und Berlin-Brandenburgs (KOBV) – haben bekanntlich im November 2015 in einem in der Geschichte des DFG-Förderbereichs „Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme (LIS)“ wohl einmaligen Vorgang das CIB-Projekt mit Abschluss der ersten Förderphase und – gesehen auf die Kernziele – ohne Vorlage eines greifbaren Ergebnisses de facto für beendet erklärt.

Das ursprüngliche Projektziel, die Überführung bibliothekarischer Workflows und Services in die internationalen, cloudbasierten Systemplattformen der zwei in Deutschland seit vielen Jahren marktführenden Anbieter OCLC und Ex Libris, hat sich nicht wie ursprünglich vorgesehen realisieren lassen, weder in Form einer unmittelbaren noch einer mittelbaren Synchronisation der Plattformen.³⁵ Diese Synchronisation erscheint jedoch zwingend, um die Monopolstellung einer der Plattformen zu vermeiden und zugleich den Bibliotheken den gleichberechtigten Zugriff auf den gesamten deutschen Datenraum zu erlauben. Den möglichen Ausweg aus dieser aporetischen Situation formulieren die CIB-Projektpartner im Bericht vom November 2015 so: „Das CIB-Konsortium nimmt daher Abstand vom Vorhaben der Plattform-Synchronisation und empfiehlt die Primärkatalogisierung im OCLC WorldCat. [...] Grundlegende Ziele des Projektes – Aufgabe regionaler Katalogisierungssysteme zugunsten cloudbasierter internationaler Systeme, Katalogisierung nach internationalen Standards ohne deutsche Sonderwege, datenschutzrechtliche Absicherung – können nach heutiger Kenntnis erreicht werden. Die ursprünglich vorgesehene Plattform-Synchronisation kann jedoch unter den heutigen Bedingungen nicht gelingen.“

Das vom CIB-Konsortium bei OCLC eingeholte Angebot einer Nationallizenz für die Katalogisierung im WorldCat erweist sich – gesehen auf die Gesamtsumme – zwar als eher kostspielig (und hat in Teilen der Bibliotheks-Community denn auch für Empörung gesorgt), jedoch relativiert sich diese Einschätzung, wenn man von einer Umlage der Kosten auf *alle* wissenschaftlichen Bibliotheken ausgeht. Dies jedoch würde ein bundesweit konzentriertes, verbündeübergreifendes Handeln erfordern, wie es seinerzeit in den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur „Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland“ energisch eingefordert wurde.³⁶

Die Gutachtert看ten zum Bericht des CIB-Konsortiums äußern sich mit Blick auf die vorgeschlagene Primärkata-

³³ Malpas und Lavoie (2016, 48).

³⁴ Vgl. hierzu auch Ceynowa (2015).

³⁵ Zur Konzeption des CIB-Projekts vgl. Albrecht et al. (2013).

³⁶ Wissenschaftsrat (2011, 38–41).

logisierung im WorldCat durchgehend negativ: „Dies stellt eine 180 Grad-Wende in Bezug auf das ursprüngliche Projektziel eines nationalen Strukturwandels im Bereich der Bibliotheksverbünde dar. Auch wenn dies aus den Sachzwängen heraus als pragmatisches Umschwenken erscheinen mag, kann dies in Bezug auf die Ausgangszielsetzung des Projekts nur als Scheitern betrachtet werden.“ Ein anderer Gutachter merkt an: „Der von CIB vorgeschlagene Weg der monopolisierenden Primärkatalogisierung lässt das ursprünglich integrative Ziel im Blick auf alle Verbünde und Verbundbibliotheken weiter in den Hintergrund treten, der Grundkonflikt wird verschärft, nicht deeskaliert.“

Man mag fragen: Wie konnte es so weit kommen? Zumal doch der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen von 2011 einen radikalen und entschlossenen Umbau der deutschen Verbundlandschaft gefordert und hierbei auch die Frage gestellt hatte, „ob eine regionale Organisation der Verbünde überhaupt noch sinnvoll ist, bzw. wie viele Verbünde in Deutschland künftig notwendig sein werden.“³⁷ Überschaute man im Rückblick die gefühlte unendliche Sequenz der Gremien-, AG-, Beiräte- und Koordinations-sitzungen zum Projekt, so ist die Antwort denkbar einfach: CIB hat als *Fach*projekt in den gesamten drei Jahren seiner Laufzeit niemals eine politische Instanz gefunden, die die zum Projekterfolg erforderlichen *Entscheidungen* auf sich genommen und verantwortet hätte. Statt dessen ist von allen Seiten immer erneut ein „Mehr“ an fachlicher Information, Kommunikation, Diskussion, Argumentation und Abstimmung mit allen nur denkbaren „Playern“ eingefordert worden – gewissermaßen ein endloses Gespräch, von dem man sich wohl erhofft hat, dass durch die Prolieferung von Fakten und Positionen die unhintergebar notwendigen Entscheidungsbedarfe bis zur Unkenntlichkeit klein gemahlen würden. Dies ist offenbar nicht geschehen.

Wo steht man stattdessen heute? Die Arbeitsgemeinschaft der Verbundsysteme ist – neben dem Standardisierungsausschuss – nach wie vor die einzige Instanz einer koordinierten Arbeit der Verbundzentralen. Der Wissenschaftsrat hatte die AG 2011 so bewertet: „Die bestehende Arbeitsgemeinschaft der Verbünde hat sich als nicht tauglich für diese Aufgaben erwiesen [...]. Sie muss durch eine neue und anders geartete Organisationsstruktur ersetzt werden, die von den Ländern in ihrer Zuständigkeit gestaltet werden muss.“³⁸ Gegenwärtig kehrt man zurück zu den regionalen, kleinteiligen und fallbezogenen Koope-

rationen einzelner Verbünde, deren Existenzberechtigung nun keineswegs mehr hinterfragt wird. Sichtbares Zeichen hierfür ist zum Beispiel die im Aufbau befindliche sogenannte Common Bibliographic Data Zone der drei Verbünde GBV, BSZ und HBZ, mit der künftigen, potenziellen ALMA-Nutzern (derzeit gibt es in diesen Verbünden nicht einmal eine Handvoll davon) eine gemeinsame sogenannte „Network-Zone“ als Katalogisierungsumgebung angeboten werden soll, für die man zumindest „Datenhoheit“ beanspruchen kann.

Und schließlich scheint es auch niemanden weiter zu stören, dass das in den zurückliegenden Jahren als vermeintliche Alternative zu den „Monopolisten“ OCLC und Ex Libris gehypte, für seine Erprobung in Deutschland zudem mit beträchtlichen DFG-Mitteln geförderte (das Projekt läuft sogar erst seit Anfang 2016!) Open-Source-Bibliothekssystem KUALI im Frühjahr 2016 mangels Nutzern und Programmierkompetenz sang- und klanglos eingestellt wurde. Ein neuer Kandidat namens FOLIO,³⁹ diesmal gesponsert von EBSCO, steht bereits in den Startlöchern und wird sich sicherlich erneut auch der geneigten Aufmerksamkeit der dem Gedanken der „Openness“ doch so sehr verpflichteten deutschen Bibliothekscommunity erfreuen.⁴⁰ Man sieht: der drastische Reformaufruf des Wissenschaftsrates von 2011 ist nunmehr eine rasch verblasende Erinnerung.

Ganz am Ende des CIB-Projektes steht eine von der Arbeitsebene (also denen, die nun zu Recht denken, sie hätten sich drei Jahre lang mehr oder weniger umsonst gemüht) erstellte letzte *Fachspezifikation* mit Stand vom 05. Juli 2016: „Zeitschriftenkatalogisierung im Zusammenspiel cloudbasierter Plattformen und der ZDB“. Dieses noch nicht veröffentlichte Papier, das nun ohne Aussicht auf Umsetzung dasteht, benennt eine Reihe von Szenarien, beginnend mit dem Fortbestehen der Primärkatalogisierung von Zeitschriften in der ZDB (also dem schlichten Fortschreiben des Status Quo) bis hin zur Primärkatalogisierung im WorldCat, womit die ZDB ihren Status als Masterdatei für Periodika verlieren würde.⁴¹ Die Autoren des

37 Ebd., 41.

38 Ebd., 41.

39 FOLIO steht für „The Future of Libraries is Open“ – Ob die semantische Ambiguität dieses Titels seinen Schöpfern wohl bewusst gewesen ist?

40 Vgl. Breeding (2016).

41 Letzteres entspricht im Übrigen exakt der von der DFG in der Ausschreibung zur „Neuausrichtung überregionaler Informationsservices – Themenfeld 1: Bibliotheksdateninfrastruktur und Lokale Systeme“ geforderten Architektur: „Die derzeit in getrennten Datenbanken mit im Detail unterschiedlichen Erfassungs- und Speicherformaten geführten Erschließungsdaten der Bestände der deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken sollen zukünftig zumindest auf nationaler Ebene zusammengeführt [...] werden. Möglichst alle Bestandsbereiche

Papiers kommentieren diese Reihenfolge der Optionen wie folgt: „In der Reihenfolge sind die Szenarien absteigend nach dem Grad der Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung bzw. aufsteigend nach dem Grad der Abweichung vom Status quo geordnet.“ Sardonischer kann man die bibliothekspolitische Frustration und Resignation nach drei Projektjahren kaum ausdrücken. Hier fällt einem spontan der berühmte Satz aus Quentin Tarantinos Film „Kill Bill“ ein: „Revenge is a dish best served cold.“

7 Fazit – Von der Irreduzibilität der Entscheidung

„[...] die Entscheidung wiederum (ist) als solche wertvoll [...], weil es gerade in den wichtigsten Dingen wichtiger ist, daß entschieden werde, als wie entschieden wird.“

Carl Schmitt, Politische Theologie

Sucht man nach dem gemeinsamen Nenner, in dem der bibliothekspolitische Umgang mit den diskutierten Themenfeldern übereinkommt, wird man ihn unschwer im Sistieren oder zumindest Dilatieren des *Moments der Entscheidung* finden. Allen genannten Themen wird zwar eine hohe Relevanz für die Zukunftsfähigkeit wissenschaftlicher Informationsinfrastrukturen bescheinigt, vor allem auch mit Blick auf die Konkurrenz- und Anschlussfähigkeit gegenüber internationalen Entwicklungen. Merkwürdigerweise scheint dies jedoch nicht mit einer entsprechenden Bereitschaft oder Fähigkeit zum entschlossenen Handeln zu korrespondieren. Vielmehr werden notwendige Koordinationsbedarfe wahlweise als Entlastungschancen aufgefasst (Beispiel: Kollektives Bestandsmanagement), in Zuständigkeitsfragen umgedeutet (Beispiel: Digitale Langzeitarchivierung), hinsichtlich ihrer Verantwortlichkeiten externalisiert (Beispiel: Bestandserhaltung) oder von Entscheidungstatbeständen zu „Fach“fragen zurückgestuft (Beispiel: CIB-Projekt).

Mit dieser Diagnose steht der Autor nicht allein. So sind die bereits zitierten aktuellen Empfehlungen „Leistung aus Vielfalt“ des Rats für Informationsinfrastrukturen zum Forschungsdatenmanagement in Deutschland in ihrer Beschreibung der wissenschaftspolitischen Lage nicht nur erfreulich klar: „Entwicklungen verlaufen häufig ungleichzeitig und inkrementell, heterogene Akteure sind oft abgestimmt tätig, die Herausbildung übergreifender quali-

tätssichernder Standards ist mühsam, Investitionen lassen sich kaum koordinieren und Ressourcenprobleme sorgen für Fehlentwicklungen bzw. Stagnation. Vielfalt bleibt ungesteuert, Synergien durch eine übergreifende Daten (nach)nutzung lassen sich nicht heben.“⁴² Den gesamten Text durchzieht auch ein – angesichts des sonst üblichen „Jargons“ derartiger Empfehlungen – geradezu aktionistisch anmutender Grundton. „Kraftvolle Sonderanstrengungen“ zur „wirksamen und raschen Überwindung der derzeit vorherrschenden Zerfaserung“⁴³ werden ange-mahnt, „entschlossene Top-down-Impulse“⁴⁴ und ganz allgemein „Entschlossenheit und Umsetzungswille“⁴⁵ gefordert. Allerdings sind den Autoren die Grenzen dieses „Call to action“ sehr bewusst und werden auch unmissverständlich benannt: „Im föderalen System der Bundesrepublik ist der Manövrierspielraum für den Aufbau von länder- und sektorenübergreifend gemeinsam getragenen und genutzten Forschungsdateninfrastrukturen äußerst eng.“⁴⁶

Die vorstehenden Ausführungen haben die so entstehende paradoxe Situation anhand einiger zentraler Handlungsfelder beleuchtet: Nationale (oder in einem allgemeinen Sinne „übergreifende“) Informationsinfrastrukturen lassen sich durch eine projektförmige Finanzierung durchaus *etablieren* – und dies ist keine gering zu schätzende Leistung der Förderinstitutionen und abgestimmter Bund-/Länder-Initiativen! Ihre *Kontinuierung* wird jedoch regelmäßig in die fachlich „zuständigen“ Institutionen zurückverwiesen – und zwar genau in diejenigen Einrichtungen, die aufgrund ihrer Fachkompetenz die Verantwortung zur projektförmigen Erprobung übergreifender Modelle übernommen haben. Diese geraten damit in einen kräftezehrenden Kreislauf von internen und externen Evaluierungen, Begutachtungen und Prüfungen, in denen sie finanzielle „Mehrbedarfe“ zu „rechtfertigen“ haben, obwohl klar ersichtlich ist, dass dieses Mehr nicht den einzelnen Einrichtungen zugutekommt, sondern der anspruchsvollen Aufgabe der nationalen Koordinierung ihrer Aufgaben.

Am Ende eines oft entsagungsvollen Kleinrechnens ursprünglich mit großer Sorgfalt kalkulierter Anforderungen, ihrer Streckung in beliebig dehnbare Phasenmodelle und ihre weitgehende Reduktion um jegliche Innovations- und Explorationsaspekte werden selbst inkrementelle Haushaltsaufwüchse und Verstetigungsoptionen als Er-

(Monografien, Zeitschriften, Print- und e-Medien, Sonderbestände wie etwa VD 16, VD 17 und VD 18 usw.) sollten erfasst werden.“

⁴² RfII – Rat für Informationsinfrastrukturen (2016, 14).

⁴³ Ebd., 3.

⁴⁴ Ebd., 11.

⁴⁵ Ebd., 36.

⁴⁶ Ebd., 22.

folg gefeiert – schon um die vorhergehenden Anstrengungen nicht als sinnlos erscheinen zu lassen.

Gefordert wäre jedoch ein *Entscheidungs*handeln, dass die ursprüngliche Motivation *aller* „Player“, die sich zu einem Projekt übergreifend koordinierter Leistungen zusammengefunden haben, als Verantwortungsverantwortung für das „Durchhalten“ erfolgreich etablierter Projektergebnisse begreift. Für alle hier diskutierten Vorhaben gilt: Am Anfang steht immer der gute Wille entsprechend qualifizierter Einrichtungen, in die Projektverantwortung einzutreten, *und* die Bereitschaft der Unterhaltsträger in Bund und Ländern zu einer Sonderfinanzierung, *und* die Bereitschaft von Förderinstanzen, Innovations- und Risikofelder ergänzend zu unterstützen. Wird dieses Commitment jedoch nicht in erfolgreich etablierte Infrastrukturen „eingearbeitet“, besteht die sehr reale Gefahr, dass sich die fachlich kompetenztragenden Einrichtungen zurückziehen – nicht aufgrund mangelnden Überblicks oder bibliothekspolitischen Desinteresses, sondern in Form einer sehr bewussten und reflektierten *Entscheidung*, dem Voltaire’schen Diktum zu folgen: „Il faut cultiver notre jardin“. Damit *diese* Art von Bibliothekspolitik nicht das letzte Wort behält, braucht es in der Tat, wie der Rat für Informationsinfrastrukturen anmahnt, „Entschlossenheit und Umsetzungswillen“.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Rita; Ceynowa, Klaus; Degkwitz, Andreas; Kende, Jiri; Koch, Thorsten; Meßmer, Gabriele; Risch, Uwe; Rusch, Beate; Scheuerl, Robert; Voß, Michael (2013): Cloudbasierte Infrastruktur für Bibliotheksdaten – auf dem Weg zu einer Neuordnung der deutschen Verbundlandschaft. In: *BIBLIOTHEK – Forschung und Praxis*, 37 (3), 279–87.
- Allscher, Thorsten; Haberditzl, Anna (2016): Effektivität in der Papierentsäuerung – international normiert: Zum Erscheinen der neuen ISO/TS 18344. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, 63 (2), 79–81.
- Breeding, Marshall (2016): EBSCO supports new open source project: Software for academic libraries will be developed collaboratively. Verfügbar unter <https://americanlibrariesmagazine.org/2016/04/22/ebSCO-kuali-open-source-project>.

- Bundesweite Handlungsempfehlungen (2015): Die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts in Archiven und Bibliotheken in Deutschland. Bundesweite Handlungsempfehlungen für die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und die Kultusministerkonferenz (KMK). Berlin.
- Ceynowa, Klaus (2015): Vom Wert des Sammelns und vom Mehrwert des Digitalen – Verstreute Bemerkungen zur gegenwärtigen Lage der Bibliothek. In: *BIBLIOTHEK – Forschung und Praxis*, 39 (3), 268–76.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (2011): Informationsmanagement – Ausschreibung „Neuausrichtung überregionaler Informationsservices“. Bonn.
- Kümmel, Christoph; Strohschneider, Peter (2014): Die Umstrukturierung der Sondersammelgebiete der Deutschen Forschungsgemeinschaft. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, 61, 120–29.
- Lipp, Anne (2014): Wissenschaftliche Informationsinfrastrukturen und Forschungsförderung: Impulse und Strategien im Strukturwandel. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, 61, 280–87.
- Malpas, Constance; Lavoie, Brian F. (2016): Strength in numbers: The Research Libraries UK (RLUK) collective collection. Dublin, Ohio: OCLC Research.
- Mbembe, Achille (2015): Kritik der schwarzen Vernunft. 4. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Prantl, Heribert (2016): Der diskrete Charme der Bibliotheken – Festvortrag zum 200. Gründungsjubiläum der Staatlichen Bibliothek Regensburg am 13. Juli 2016. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, 63, 222–27.
- RfII – Rat für Informationsinfrastrukturen (2016): Leistung aus Vielfalt. Empfehlungen zu Strukturen, Prozessen und Finanzierung des Forschungsdatenmanagements in Deutschland. Göttingen.
- Wissenschaftsrat (2011): Empfehlungen zur Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland. Berlin, Köln: Wissenschaftsrat.

Dr. Klaus Ceynowa
Generaldirektor
Bayerische Staatsbibliothek
Ludwigstrasse 16
D-80539 München
ceynowa@bsb-muenchen.de